



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 25. Februar 2014

P132058

Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit (Unternehmenssteuerreform III)

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Finanzdepartement.

Begründung

In seiner Stellungnahme an den Bund fordert der Regierungsrat die rasche Einführung einer für alle Kantone obligatorischen Lizenzbox, mit der Erträge aus innovativen Aktivitäten privilegiert besteuert werden. Damit bleibt der Schweizer Werkplatz attraktiv und die Einnahmeausfälle infolge der Unternehmenssteuerreform III werden reduziert. Notwendig ist ausserdem eine Anpassung des nationalen Finanzausgleichs: Gewinne von Unternehmen sollen im NFA gemäss ihrer steuerlichen Ausschöpfbarkeit – also reduziert – berücksichtigt werden. Der Regierungsrat fordert zudem, dass der Bund den Kantonen den nötigen Handlungsspielraum verschafft, indem er den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer der Unternehmen erhöht. Die Gegenfinanzierung der Reform darf – soweit sie nach Wirkung der Ersatzmassnahmen erforderlich ist – nicht zu Lasten der Einwohnerinnen und Einwohner gehen.

